

Russland braucht Arbeitsmigration aus Zentralasien

Ein Gespräch mit der Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina

Die russische Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina setzt sich seit Jahren mit ihrer Flüchtlingshilfsorganisation „Bürgerunterstützung“ für Arbeitsmigranten aus Zentralasien ein, von denen Millionen in Russland unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten. Die 81-Jährige wurde für ihr Engagement 2016 mit dem Alternativen Nobelpreis „Right Livelihood Award“ geehrt. Moskau-Korrespondent Paul Katzenberger sprach mit der Migrationsexpertin über die aktuelle Situation zentralasiatischer Einwanderer in der Russischen Föderation.

Wie wirkt sich der Krieg in der Ukraine auf die Zahl der Arbeitsmigranten aus Zentralasien aus? Wie viele sind 2022 nach Russland gekommen?

Es gibt dazu zwar offizielle Angaben der Regierung, doch denen können wir nicht vertrauen. Es ist für uns daher im Augenblick schwierig, genaue Zahlen zu nennen.

Können Sie vielleicht eine Größenordnung nennen? In der Zeit vor der Corona-Pandemie kamen jährlich zwischen neun und zwölf Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Ländern wie Tadschikistan, Usbekistan oder Kasachstan nach Russland. Schon 2020 sank die Zahl nach Angaben der Moskauer Wirtschaftsgeografin Natalja Subarewitsch auf sechs Millionen. Sind es jetzt wegen des Krieges noch einmal weniger geworden?
Ich denke schon. Aufgrund der Anzahl der Migranten, die täglich zu uns kommen und um Hilfe bitten, schätzen wir, dass 2022 nur noch drei bis vier Millionen Menschen aus Zentralasien nach Russland eingewandert sind. Ihre Zahl ist also tatsächlich noch einmal gesunken.

Was sind die Gründe?

Meine Erfahrung sagt mir, dass es inzwischen schwieriger geworden ist, in Russland eine Beschäftigung zu finden. Fabriken haben ihre Produktion heruntergefahren oder ihre Tore ganz geschlossen. Das ist ein Ergebnis der westlichen Sanktionen.

Also sind Arbeitssuchende aus Zentralasien direkt von den westlichen Strafmaßnahmen gegen Russland betroffen?

So kann man das sehen. Wir hier bei der „Bürgerunterstützung“ nehmen aber vor allem wahr, dass wir inzwischen effizienter Hilfe leisten können als früher. Wenn wir jetzt ausbeuterische Verhältnisse am Arbeitsplatz vor Gericht bringen, kommen wir damit öfters durch.

Wie erklären Sie sich das?

Nicht nur die russische Wirtschaft, sondern auch die russische Bevölkerung ist heute dringend auf die Arbeitsmigranten aus Zentralasien angewiesen. Die Einwanderer verrichten nicht nur die schlecht bezahlten Jobs in der Bauindustrie, im Taxi-Gewerbe oder im Einzelhandel, für die sich



Die russische Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina wurde 2016 mit dem Alternativen Nobelpreis „Right Livelihood Award“ geehrt. (picture alliance / Nur-Photo / Artur Widak)

viele Russen zu schade sind, sondern helfen auch in vielen Familien als Kindermädchen oder Altenpflegerinnen aus. Da die Zahl der Arbeitsmigranten nun deutlich rückläufig ist und sie keine „Arbeitsarmee“ mehr bilden, behandelt man jeden einzelnen von ihnen besser, denn jeder einzelne ist offenbar wertvoller geworden.

Sie sprechen von Ausbeutungsverhältnissen – wie sehen die aus?

Ein typisches Problem besteht darin, dass sich russische Arbeitgeber oft weigern, einen Arbeitsvertrag mit Migranten abzuschließen. Das bedeutet, dass die Person in die Illegalität gezwungen wird. Dadurch fällt es Arbeitgebern leichter, den Beschäftigten ihre Rechte vorzuenthalten oder nur einen Teil des vereinbarten Lohns auszuzahlen. In der Vergangenheit haben wir es schon als Erfolg

verbucht, wenn wir einen Arbeitgeber mit einem Anruf dazu bringen konnten, wenigstens die Hälfte des verabredeten Gehalts zu zahlen. Denn unsere Erfolgsaussichten vor Gericht waren in solchen Fällen sehr gering.

Und wie ist es jetzt?

Ich kann Ihnen ein ermutigendes Beispiel nennen. Kürzlich brachten wir den Fall von 20 Migranten desselben Unternehmens vor Gericht und

haben gewonnen. Noch im Gerichtssaal piepten plötzlich die Smartphones all unserer Kläger, weil der Eingang ihrer Gehälter plötzlich bestätigt wurde. Die Situation der Arbeitsmigranten aus Zentralasien hat sich aber nicht nur im juristischen Sinne verbessert. Man behandelt sie allgemein inzwischen mit mehr Respekt. Sie haben weniger Probleme, und es kommen weniger von ihnen zu uns, um Hilfe zu erbitten.

Heißt das, dass Ihre Hilfsorganisation überflüssig werden könnte?

Das wäre schön, aber so optimistisch bin ich nicht. Unsere Arbeit wird sich aber vermutlich verlagern von der vorwiegenden Krisenintervention hin zu mehr Aufklärungsarbeit. Denn viele Migranten aus Zentralasien, besonders aus Tadschikistan, kennen die hiesigen Regeln und ihre Rechte als Arbeitnehmer nicht. Sie wissen nicht, dass sie einen Arbeitsvertrag unterschreiben sollten, bevor sie ihren Job antreten. Denn wenn es zu Problemen kommt, müssen sie vor Gericht irgendwie beweisen können, dass sie überhaupt gearbeitet haben. Die Arbeitgeber nutzen dieses Nichtwissen aus. Da gibt es die abenteuerlichsten Fälle.

Welche?

Ein typischer Fall war der eines Arbeiter, der sich am Arbeitsplatz das Bein gebrochen hat. Sein Chef wollte für die medizinische Behandlung nicht aufkommen. Deshalb setzte er den verletzten Mann unter Druck, eine Erklärung mit folgendem Text zu unterschreiben: „Mein Arbeitgeber trägt keine Verantwortung für mein gebrochenes Bein. Vielmehr bin ich selbst dafür verantwortlich, weil ich während der Mittagspause eine Katze von einem Baum holen wollte und dabei herabfiel und mir das Bein brach.“ Glücklicherweise verstand der Betroffene russisch und ist zu uns gekommen. So waren wir in der Lage, vor Gericht eine angemessene Entschädigung für ihn zu erstreiten. Diese Geschichte mit der Katze auf dem Baum ist unter russischen Unternehmern als Standardausrede sehr verbreitet. Die Gerichte müssen den Eindruck bekommen, dass alle Arbeiter aus Zentralasien ständig auf Bäume mit Katzen steigen.

Russland ist dringend auf die Arbeitsmigranten aus Zentralasien angewiesen, wie Sie sagen. Trotzdem sehen sich die Menschen der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt und treffen auf viel Fremdenfeindlichkeit. Liegt darin nicht ein Widerspruch?

Die Menschen aus Zentralasien sind sehr geduldig und folgen Anweisungen oft ohne jeden Widerspruch. Die Russen betrachten diese Mentalität

als naive Gefügigkeit und blicken auf die Leute deswegen herab. Es kommt hinzu, dass zentralasiatische Einwanderer in den staatlichen Medien ständig als Kriminelle dargestellt werden, obwohl die Statistiken das überhaupt nicht hergeben. Zwei bis drei Prozent aller Straftaten in Russland werden von Einwanderern aus Zentralasien begangen, das ist verschwindend gering.

Warum passiert das? Russland ist doch auch aufgrund seiner demografischen Entwicklung zunehmend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Staatsmacht orientiert sich an der althergebrachten Devise „Teile und herrsche“. Sie besagt, das Volk in Fraktionen miteinander widerstreben-der Interessen aufzuspalten. Dadurch soll erreicht werden, dass sich Teilgruppen der Gesellschaft, wie Einheimische und Zuwanderer, gegeneinander wenden, statt sich als gemeinsamer Block gegen den Staat zu stellen. Unsere Politiker blicken nicht in die Zukunft, um das Beste für die Gesellschaft durchzusetzen. Sie agieren vielmehr nach solchen altrömischen Prinzipien, um im Augenblick das Beste für sich selbst zu bewirken.

Das Volk lässt das aber auch mit sich machen?

Das stimmt. Eine Freundin von mir ist Linguistin, und sie hat zwei Usbeken – Vater und Sohn – kennengelernt, die vor ihrem Haus die Straße fegen. In ihrer Heimat waren sie als Philologen beschäftigt, haben dort aber ihre Stellen verloren. Meine Freundin fragte sie eines Tages, wie es so geht. Eine Wohnungsnachbarin kam vorbei und sagte: „Diese Leute verdienen es nicht, dass man mit ihnen redet, sie sollten aus Russland wegge-
fegt werden.“ Meine Freundin antwortete: „Wenn man diese großartigen Leute wegfeigt, dann werden Sie künftig den Besen in der Hand halten und selbst fegen müssen.“

Viele der Arbeitsmigranten aus Zentralasien sind jung und männlich. Das macht sie in den Augen der russischen Staatsmacht zu idealen Kandidaten für einen Kampfeinsatz in der Ukraine. Im Migrationszentrum in Sacharowo bei Moskau hat die russische Armee eine eigene Rekrutierungsstelle eingerichtet. Stößt das Ihrer Beobachtung nach bei den Migranten auf Zuspruch?

Bei manchen sicher. Denn der Dienst in der Armee bietet viele Vorteile. Der Sold ist höher als das, was Migranten hier normalerweise verdienen können. Sie bekommen eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis oder sogar die russische Staatsangehörigkeit. Aber da scheint kein großer Andrang zu herrschen. Wir erleben es selten, dass jemand zu uns

kommt und erzählt, dass sich der Bruder, Cousin oder Neffe zur Armee gemeldet hat.

Warum glauben Sie, ist das so?

Es ist allgemein bekannt, dass die russischen Kampftruppen in der Ukraine mit Munition, Waffen, Nahrungsmitteln und angemessener Kleidung schlecht ausgestattet sind. Die Migranten wissen, dass sie sogar noch schlechter versorgt sein würden. Das senkt ihre Motivation, sich rekrutieren zu lassen. Außerdem haben sie einen starken Überlebensinstinkt und schätzen den Wert des eigenen Lebens als hoch ein.



*Ein Arbeiter aus Zentralasien auf einer Baustelle in St. Petersburg
(picture alliance / dpa / Friedemann Kohler)*

Sie sagen, dass der Dienst in der russischen Armee Arbeitsmigranten aus Zentralasien ermöglicht, die russische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Seit September 2022 ist es für sie ohnehin leichter geworden, russische Staatsbürger zu werden. Wie bewerten sie das?

Wir sind der Meinung, dass das positiv ist. Denn anders als bei den Ukrainern, die nach Russland emigrieren und gezwungen werden, die russische Staatsangehörigkeit anzunehmen, ist dieser Schritt für die Zentralasiaten freiwillig. Sie entscheiden sich aus eigenem Antrieb, was sollten wir dagegen haben?